

29/07

Berlin, 12. November 2007

Begutachtung der Ressortforschungseinrichtungen geht weiter

Erneut hat der Wissenschaftsrat drei Stellungnahmen zu Ressortforschungseinrichtungen des Bundes verabschiedet. Diese Einrichtungen erbringen Forschungs- und Entwicklungsleistungen, um die Bundesministerien bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu unterstützen. In den Jahren 2005 und 2006 hatte der Wissenschaftsrat bereits 13 Ressortforschungseinrichtungen begutachtet und dabei Verbesserungsbedarf insbesondere in den Bereichen Forschungsplanung, Koordination, Qualitätssicherung und Wettbewerbsorientierung festgestellt. Personal- und haushaltsrechtliche Regelungen hatten sich vielfach als wenig geeignet für eine flexible Anpassung an neue Aufgaben erwiesen. Im Anschluss hieran erhielt der Wissenschaftsrat den Auftrag der Bundesregierung, auch die 25 noch nicht begutachteten Ressortforschungseinrichtungen des Bundes zu evaluieren. Anschließend wird der Wissenschaftsrat, wie schon in der ersten Runde, ergänzende übergreifende Empfehlungen aussprechen.

Die aktuell vorgelegten Stellungnahmen des Wissenschaftsrates bewerten die Forschungs- und Dienstleistungen der drei Ressortforschungseinrichtungen positiv. „Einmal mehr erweist sich an diesen drei Fällen, dass eigene Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten der Einrichtungen notwendig sind, um hochwertige Dienstleistungen für die Bundesministerien und Dritte zu erbringen“, so der Vorsitzende des Wissenschaftsrates, Professor Peter Strohschneider.

Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (BKGE), Oldenburg

Das Oldenburger Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (BKGE) berät in überzeugender Weise die Politik bei der Erforschung der Länder Mittel- und Osteuropas, in denen deutschstämmige Bevölkerungsgruppen ehemals siedelten oder heute noch leben. Es ist dem BKGE dank seiner guten Forschungsarbeit gelungen, das auch außenpolitisch sensible Thema ‚Flucht und Vertreibung‘ auf eine solide wissen-

Der Wissenschaftsrat berät die Bundesregierung und die Regierungen der Länder in Fragen der inhaltlichen und strukturellen Entwicklung der Hochschulen, der Wissenschaft und der Forschung.

Ansprechpartnerin: Dr. Christiane Kling-Mathey
Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates, Brohler Straße 11, 50968 Köln
Telefon: 0221/3776 - 243, Telefax: 0221/38 84 40, E-Mail: kling-mathey@wissenschaftsrat.de

Pressemitteilungen und Informationen: <http://www.wissenschaftsrat.de>

schaftliche Grundlage zu stellen. Verbesserungsbedarf sieht der Wissenschaftsrat jedoch bei der Entwicklung einer Forschungsleitlinie, die verstärkt die europäische Perspektive des Themenfelds in Betracht nimmt. Neben der externen Berufung des Institutsdirektors, die möglichst gemeinsam mit der Universität Oldenburg stattfinden sollte, wird eine Querschnittsbegutachtung aller wissenschaftlichen Einrichtungen in Deutschland, die im Themenfeld des BKGE tätig sind, angeregt.

Hinweis: Die „Stellungnahme „Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (BKGE), Oldenburg“ (Drs. 8176-07), wird im Netz als Volltext (www.wissenschaftsrat.de) veröffentlicht, sie kann aber auch bei der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates per E-Mail (post@wissenschaftsrat.de) angefordert werden.

Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), Hannover

Mit ihren wissenschaftlichen Dienstleistungen erbringt die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) in Hannover einen wichtigen Beitrag zur Versorgung Deutschlands mit Energie- und mineralischen Rohstoffen. Den Forschungs- und Entwicklungsarbeiten der BGR wird eine hohe Qualität bescheinigt. „Mit der BGR verfügt Deutschland über eines der international führenden geologischen Staatsinstitute“, so der Vorsitzende des Wissenschaftsrates, Professor Peter Strohschneider. Dank ihres starken Forschungsanteils ist die BGR in der Lage, Politik und Wirtschaft sehr kompetent in Fragen der Rohstoffförderung sowie der geologischen Sicherheit zu beraten. Lediglich in Teilbereichen der Aufgaben- sowie der Forschungsplanung erkennt der Wissenschaftsrat noch Verbesserungsbedarf.

Hinweis: Die „Stellungnahme „Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), Hannover“ (Drs. 8173-07) wird im Netz als Volltext (www.wissenschaftsrat.de) veröffentlicht, sie kann aber auch bei der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates per E-Mail (post@wissenschaftsrat.de) angefordert werden.

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg

Mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg, verfügt die Bundesagentur für Arbeit über ein hervorragendes Forschungs- und Beratungsinstitut. Das Institut - eine „besondere Dienststelle“ der Bundesagentur - untersucht die Wirkung der staatlichen Arbeitsförderung sowie der Leistungen nach Hartz IV. Besondere Würdigung erfährt die „erfolgreiche Verknüpfung von ausgezeichneter wissenschaftlicher Forschung mit qualitativ hochwertigen arbeitsmarktpolitischen Beratungsleistungen“. Auf der Basis auch international beachteter Forschungsleistungen hat sich das Institut zu einer unverzichtbaren Beratungseinrichtung der Bundesagentur und der Bundesregierung in der gesellschaftlich zentralen Frage der Arbeitsmarktpolitik entwickelt.

Hinweis: Die „Stellungnahme zum Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg“ (Drs. 8175-07) wird im Netz als Volltext (www.wissenschaftsrat.de) veröffentlicht, sie kann aber auch bei der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates per E-Mail (post@wissenschaftsrat.de) angefordert werden.